

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

16.10.1929 (No. 241)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die Arbeiten der Organisationskomitees

W.B. Paris, 16. Okt. (Tel.) „Petit Parisien“ berichtet von einem Schritt des belgischen Ministerpräsidenten Jaspars in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Haager Konferenz.

Das Blatt führt als Begründung für diesen Schritt an, man habe den Eindruck, daß wenigstens gewisse Organisationsausschüsse ein wenig langsam vorankämen.

Viand habe die Reise des Präsidenten der Republik nach Brüssel zu einem Meinungsaustausch mit seinem belgischen Kollegen über diese Frage benutzt.

Die Verabschiedung der Younggesetze verzögert

M. Berlin, 16. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir zu dem Schritt des belgischen Ministerpräsidenten an zukünftiger Stelle erfahren, ist eine offizielle Demarche der Reichsregierung in Brüssel nicht erfolgt.

Selbstverständlich ist man mit dem schleppenden Gang der Verhandlungen über die verschiedenen Reparationsfragen nicht sehr entzückt.

Aufhebung des Novemberfeiertages in Sachsen. Dem Sächsischen Landtag ist eine Regierungsvorlage zugegangen, durch die dem 9. November in Sachsen der Charakter als gesetzlicher Feiertag genommen werden soll.

Auf 50 Deutsche ein Kraftfahrzeug. Nach der neuesten Zählung haben wir nunmehr 1,18 Millionen Kraftfahrzeuge in Deutschland.

Das französische Budget für 1930. Der Finanzausschuss der französischen Kammer hat die Vorbereitung des Budgets für das Jahr 1930 abgegeschlossen.

Erstwahl zum französischen Senat. Am kommenden Sonntag finden in Frankreich in den 33 Departements, deren Namen mit den Buchstaben A bis G beginnen, Erstwahlen für den Senat statt.

Letzte Nachrichten

Das Volksbegehren der Rechten

Anzutreffende Auffassungen - Beamte u. Volksbegehren

M. Berlin, 16. Okt. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen spricht man davon, daß die Deutschnationalen bei einem etwaigen Erfolg des Volksbegehrens sich damit begnügen und die Angelegenheit nicht weiter betreiben dürften.

In der deutschnationalen Presse wird behauptet, daß der Reichspräsident es abgelehnt habe, dem Aufruf der Reichsregierung zu unterzeichnen.

Der Reichsausschuss für das Volksbegehren hatte bekanntlich über die Maßnahmen der preussischen Regierung beim Reichsinnenministerium Beschwerde geführt.

Das französische Heer

Eine Rede Painlevés

W.B. Paris, 15. Okt. (Tel.) Kriegsminister Painlevé hielt in der Sachsonne eine Rede anlässlich der Tatsache, daß die in den nächsten Tagen einrückenden Rekruten zu dem Kontingent gehören, das als erstes nur ein Jahr lang dient.

Alsdann beschäftigte sich der Kriegsminister noch mit dem Grenzschutz und appellierte schließlich an den guten Willen des französischen Heeres.

Die ununterbrochene Arbeitswoche in Rußland

W.B. Moskau, 16. Okt. (Tel.) Telegraphenagentur der Sowjetunion. In amtlichen Angaben werden die ersten günstigen Ergebnisse der Umstellung der Betriebe auf die ununterbrochene Arbeitswoche festgestellt.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ist am Dienstag in Wien eingetroffen, um einige Urlaubstage im Kreise von Verwandten zu verbringen.

Der Preussische Landtag erledigte am Dienstag in erster Lesung das Gesetz über die Neuregelung der Staatsbank, das in den Hauptauschüssen ging.

Sehen das Urteil im Oppelner Theaterprozess haben sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch der Nebenkläger, Rechtsanwalt Simon, Berufung eingelegt.

Aus dem Geschäftsbericht der Landesversicherungsanstalt

Von Landtagsabgeordneter Heinrich

Neben den sonstigen sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungen, die das Gesamtinteresse der Öffentlichkeit, besonders die Arbeiter, berühren, tritt nun auch der vorzüglich abgefaßte Bericht der Landesversicherungsanstalt Baden vor die Kampe der Öffentlichkeit.

Eingangs erwähnt der Bericht die Neuwahlen der Vertreter zu den Versicherungsorganen und gedenkt dankbar der geleisteten Arbeiten der abgetretenen Vertreter der verflochtenen Periode.

Veränderungen innerhalb des Beamtenkörpers kamen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr vor. Der langjährige Vorsitzende des Amtes, Staatsrat Dr. Krems, trat von seinem Amt zurück.

Sitzungen der Ausschusskommissionen fanden 3, Vorstandssitzungen 13 statt. In den letzteren wurden 217 eingegangene Fälle erledigt.

Als erfreulich kann der Vermögensstand der Anstalt bezeichnet werden. Die Gesamteinnahmen betragen 42 438 317,25 RM, denen 28 888 480,36 RM an Ausgaben gegenüberstehen.

Ein ganz interessantes Bild bieten die durch die Kontrollstellen vorgenommenen Kontrollen und die aus Ungleichlichkeiten sich ergebenden Handlungen.

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.

worden, davon wurden 60 Fälle durch das Oberverficherungsamt abgemittelt, in 14 Fällen die Strafe heruntersgesetzt, und in 54 Fällen wurden die Beschwerden zurückgezogen. Immer mehr häufen sich auch Strafanzeigen gegen Arbeitgeber, die ihren Arbeitern zwar regelmäßig die Beiträge vom Lohn abziehen, aber sie nicht zum Markenanfang verwenden. In 5 Fällen haben die Gerichte auf Freiheitsstrafe von 5 Tagen bis zu 10 Wochen erkannt, in 29 Fällen auf Geldstrafen von 10 bis 300 M. Zu erwähnen sind noch die Zahlen der notwendigen Zwangsvollstreckungen und Konturze, erstere mit 1693, letztere mit 146.

Von großem Umfang ist auch der Quittungskartenverkehr. Abgeliefert wurden 591 806 Stück, davon 531 068 der eigenen Anstalt und 60 738 für fremde Anstalten. Ausgetauscht mit anderen Anstalten wurden 67 290, zurück an die Anstalt als Ursprungsanstalt kamen 73 792 Karten. Quittungskarten Nr. 1 Formular A wurden 24 863 für männliche und 23 932 für weibliche Versicherte ausgestellt. Sehr lebhaft gestaltete sich der schriftliche Verkehr mit der Kartenabteilung wegen Erhaltung der Anwartschaft und Wiederaufnahme des früheren Versicherungsverhältnisses.

Nicht ohne Einfluß für die Landesanstalt blieb das Gesetz über die Leistung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 29. März 1928. Zunächst erfuhren die Renten eine weitere erhebliche Steigerung. Es kam hinzu, daß die ganzen laufenden Renten umgerechnet werden mußten. Die Zahl dieser umgerechneten Renten beträgt 79 494. Davon sind Invalidenrenten, Kranken- und Altersrenten 55 013, Witwen- und Waisenrenten 8279, Waisenrenten (Stämme) 15 326 und Renten der früheren Landesversicherungsanstalt Elßah-Lothringen 876.

Die Gesamtbelastung der Anstalt stieg von 20 604 750 M auf 23 113 678 M oder 12,2 Proz. allein an Renten.

Dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt lagen im Berichtsjahr 16 792 Rentenanträge vor. Davon entfielen auf Invalidenanträge 12 104 und Hinterbliebenenrente 4688. Von diesen mußten in 1945 Fällen die Rentengewährung verweigert werden. Entzogen wurden diese Renten in 879 Fällen. Diese Zahl erscheint uns sehr hoch, und finden wir im Bericht keine genügende Erklärung hierfür. Weggefallen sind Renten in 4828 Fällen durch Tod, in 719 Fällen durch Erwerbsfähigkeit, in 6 Fällen durch Bewilligung der höheren Invalidenrente, in 13 Fällen durch Wiederverheiratung, in 1308 Fällen durch Vollendung des 15. Lebensjahres, in 2166 Fällen durch Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung und in 113 Fällen durch sonstige Gründe.

Neben diesen Pflichtleistungen gewährt die Landesanstalt in sehr weitem Maße Heilverfahren und sonstige freiwillige Leistungen. In den Voranschlag wurden hierfür 3 665 000 M eingestellt. Die Summe reichte jedoch nicht aus, um allen geforderten Ansprüchen gerecht werden zu können. Der Voranschlag wurde um 141 303,89 M überschritten. Die Leistungen können sich sehen lassen. Umgerechnet auf 1000 M Beitragseinnahmen steht die Landesversicherungsanstalt Baden mit ihren Ausgaben für freiwillige Leistungen an 2., auf den Kopf der behandelten Personen umgerechnet an 1. Stelle sämtlicher Landesversicherungsanstalten. Ebenso nimmt sie in der Bekämpfung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose mit ihrem Aufwand pro behandelnde Person die 1. Stelle ein.

Das gesamte Heilverfahren hat sich gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Gegenüber dem Vorjahr erfuhr

Badisches Landestheater

Don Pasquale

Ein Abend voll parodistischer Laune, allerdings mehr eine Angelegenheit für Feinschmecker, die sich ihre Freude nicht durch den handfesten Ritz des Textbuches verderben lassen. Voran wieder — wie vor 4 Jahren, anlässlich der letzten Neuenstudierung — Franz Schuster als Titelheld, diesmal zwar merklich zurückhaltender bei seinem amourösen Reinfall, aber dennoch köstlich genug, um die grobe Satire des Abends von den geil glühenden Augen bis hinunter zu den schon schlotternden Beinpartien zu retten. Zudem ein Stimmliniker, wie geschaffen für die Rolle, die er hier singen muß. Als galante, sich bald verliebt drehende, bald vor Lachen windende Partnerin gab diesem eifersüchtigen Herrn Mary Effelsgröth-von Ernst böse Rätsel auf. Besonders dem leicht erotisch angeimpelten Kreis machte ihre plötzlich erwachte Aggressivität viel zu schaffen. Aber auch wie mit einem Rest von Klugheit sich Carsten Derner und Wilhelm Rentwig in die im Grunde so aberne Situation hineinfanden, bestimmte die Impression der lustigen Handlung, an deren im Original so tragisch betonten Reizseite offenbar kein Mensch mehr dachte. Überhaupt vermüht man an der im ganzen sehr geschickten Umbildung D. J. Vierbaums, daß der Schluß nicht so recht zum Stück paßt. Ein paar unvergeßliche, menschlich echte und tiefe Töne nach Schalepeares Art könnten immerhin beweisen, daß Selbsterkenntnis den Felden aus seiner trüben Melancholie wirklich hoch befreit hat.

Die Regie (Hans Esbras Nussbacher) hat das anscheinend gefühlt, leider gelang ihr aber die szenische Kennzeichnung zu schwächlich, um die schließliche Passivität Don Pasquales in diesem Sinne glaubhaft zu motivieren. Sonst arbeitete sie — das muß anerkannt werden — ohne grundlegende Unstimmigkeiten zum Spielablauf. Besonders hübsch und auch gleich bei offener Szene gebührend belohnt war die geschickte Verwendung des Chores. Gegen das Bühnenbild Lorsten Rechts, das die inneren und — sagen wir es offen — historischen Wert der Partitur reichlich oft wieder durch Ausproppen zeitgemäßer Effekte paralytierte, wäre verschiedenes einzuwenden, und sei es nur, daß rein malerisch gar vieles kontrastierte. Sehr gut funktionierte die musikalische Leitung dagegen. Gleich mit der ausgezeichneten gefüllten Ouvertüre begann Rudolf Schwarz recht verheißungsvoll den Abend und symptomatisch blieb auch, daß die farbigen und dynamischen Stufen seiner Diktion bald mehr die Höhe des Niveaus der Vorstellung bestimmten, als alle witzigen Regiekünste.

es eine Steigerung um 13,19 Prozent. Interessant ist, daß das weibliche Geschlecht an den freiwilligen Leistungen stärker beteiligt ist als das männliche. Auch die Meldungen bei den Beratungsstellen für die Geschlechtskrankheiten erfuhr eine wesentliche Steigerung. Sie beträgt 525, ohne die 1471 durchgeführten Untersuchungen von Dirnen allein bei der Beratungsstelle Karlsruhe. Die Erkrankungsziiffern sind bei Syphiliserkrankungen höher bei den Frauen, dagegen bei Trippererkrankungen höher bei den Männern. Relativ war die Zunahme beider Geschlechter ungefähr gleich groß.

Nicht minder interessant als das bereits Berichtete sind die ärztlichen Jahresberichte der Heilstätten Friedrichsheim, Luffenheim und Nordrach. Diese in den Einzelheiten aufzuführen, ginge hier zu weit. Wir behalten uns vor, später darauf einzugehen. Eines darf aber heute schon gesagt werden: die erzielten Heilerfolge dürfen sich sehen lassen, und manchem Kranken wurde durch diese Stätten wieder Gesundheit und Lebensfreude, der Familie ihr Ernährer wiedergegeben.

Aus den kurzen Darlegungen läßt sich schon ersehen, wie viel Not und Elend auch durch diesen Zweig der Sozialversicherung, wenn nicht restlos behoben, so doch gemildert wurde. Es ist aber auch weiter daraus ersichtlich, daß der Ausbau der ganzen Sozialgesetzgebung im Rahmen des Möglichen eine volks- und staatsverhaltende Notwendigkeit ist. Dem größten Gegner der Sozialgesetzgebung wird angesichts des Zahlenmaterials und der Tatsachen doch aufdämmern müssen, daß die Sozialgesetzgebung eine völlige Notwendigkeit ist, die nicht durch Sparzwang oder sonstige derartige Dinge ersetzt werden kann. Jedenfalls weiß die sich für die Sozialgesetzgebung einsetzende Arbeiterschaft, was sie an der Sozialgesetzgebung, trotz ihrer Mängel und Schattenseiten, besitzt. Zwei Vorstandsmitglieder sind aus dem Arbeiterstand hervorgegangen und damit ist der Beweis geliefert, daß in dem sozialen Selbstverwaltungsförderung noch mehr als bisher die intelligenten und aufwärtsstrebenden Kräfte, die im Arbeiterstand zahlreich vorhanden sind, mit Erfolg in der Selbstverwaltung tätig sein können.

Der Sklarek-Skandal

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung

hat sich am Dienstag sowohl mit der Amerikanerreise des Oberbürgermeisters als auch mit der Angelegenheit Sklarek befaßt. Gegen die Reise des Oberbürgermeisters und dreier Stadträte wandten sich die Deutschnationalen und die Kommunisten. Von Bürgermeisterseite wies man darauf hin, daß Bürgermeister Walker durch den amerikanischen Votschafter in Berlin eingeführt worden sei. Die Reise des Oberbürgermeisters könne daher nicht als private Angelegenheit betrachtet werden. Die Reise soll deutsche und amerikanische Städte einander näherbringen, sie werde 75 bis 80 000 M. kosten. Die Kosten würden aus den Reisekosten bestritten, jene für die Damen von den Gatten getragen. Nach ziemlich lebhafter Debatte wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, die mit der Sache Sklarek in innerem Zusammenhang stehen, so ein sozialdemokratischer Antrag auf Veröffentlichung der Sklarekschen Kundentexte, ein demokratischer, wonach künftig die Vergütung von Aufträgen nur im Wege der freien Ausschreibung erfolgen soll, und ein kommunistischer, wonach für die Beibringung der von den Sklarek bezuntrenten Millionen eine Belohnung ausgesetzt wird. Abgelehnt wurde dagegen ein kommunistischer Antrag, wonach die durch die Angelegenheit Sklarek kompromittierten städtischen Beamten ihre Ämter niederzulegen hätten.

Bürgermeister Schneider erklärt nunmehr eine Erklärung, daß er nicht aus der Partei ausgeschlossen sei, sondern vorher seinen Austritt kundgegeben habe, und daß die Partei deshalb ihn gar nicht zur Amtsniederlegung auffordern konnte. Er legte nicht nur nicht sein Amt nieder, sondern habe seinen Urlaub abgebrochen und heute seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Berliner Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei hat den Bürgermeister Schneider nach beendeter Prüfung neu beigebrachten Materials aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

Wo blieb das Geld der Sklareks?

Zu den Opfern der Gebr. Sklarek in Berlin gehört auch die Schuhfabrik E. Reichle in Tuttingen, die ihren Arbeitern vorläufig als Vorrichtungsmaßnahme gekündigt hat. Es kommen ungefähr 80 meist ältere, verheiratete Arbeiter in Frage. Es wurde festgestellt, daß in der im Sklarekschen Kassenbuch angegebenen Zeit auch nicht 1 Mpf. geschweige denn 1,5 Millionen Reichsmark an die Tuttinger Fabrik gezahlt worden sind. Der Berliner Kriminalpolizei hatte zuerst angenommen, daß der Tuttinger Fabrik von den Gebr. Sklarek vielleicht ein Darlehen gegeben worden wäre, aber das trifft nicht zu. Es ist nun festzustellen, wo die Sklarek die Million in Sicherheit gebracht haben.

Die Balkanfahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag abend 8.20 Uhr zu seiner Balkanfahrt gestartet. An der Fahrt nahmen 20 Passagiere teil, davon über die Hälfte Schweizer. München wurde um 11 Uhr in mondhellener Nacht überflogen, die österreichische Grenze um 12 Uhr passiert, 2.06 bis 2.15 Uhr überflog das Luftschiff Wien in knapp 100 Meter Höhe.

Wien, 16. Okt. (Tel.) Die Schiffsleitung des „Graf Zeppelin“ sandte an das WTB folgendes Telegramm: „13 Uhr, Orizzeit, Belgrad überflogen in zwei Schleißen. Postabwurf. Lebhaftes Treiben auf den Straßen. Zeit Morava aufwärts, Richtung Niß-Sofia. Start dunstig, mäßig hohe Wolkendecke. Nicht sicher, ob Weg nach Sofia zwischen hohen Bergen für uns gangbar. In einer Stunde Entscheidung.“

Ein späteres Telegramm besagt: „In hohem Fluge teilweise über den Wolken, die prächtige Gebirgslandschaft zwischen Belgrad und Sofia überquert. Wetter aufklärend, wird Sonnenschein. In Sofia ungeheures Interesse und offener Begeisterung. Zwei Kreise über Stadt. Postabwurf in einen Schulhof. Weltlauf von 300 Schülern um den Postbeutel. Jetzt über dem hohen Balkan auf Bukarest.“

Gegen das Volksbegehren der Rechten

Eine Rundfunkrede des preussischen Ministerpräsidenten

Als dritter Redner in der Abwehrkampagne gegen das Eugenbergsche Volksbegehren sprach am Dienstagabend der preussische Ministerpräsident Dr. Braun.

Sein Appell richtete sich an den gesunden Menschenverstand der verantwortungsbewußten Deutschen. Nicht der Funke einer Forderung bestehe, daß die Annahme des Volksbegehrens an Deutschlands Lage etwas bessern werde. Niemand werde eine solche Demonstration ernst nehmen, ein Gelächter werde in der ganzen Welt ausbrechen, und, was ernst sei, eine neue Welle des Mißtrauens müsse gegen Deutschland entstehen.

Dr. Braun wiederholte die Vorteile, die der Youngplan als das kleinere Übel gegenüber dem Dawesplan bringe. Außer Vernunftgründen aber sprächen Gründe des einfachsten Anstandsgefühls dafür, einer Aktion jede Unterstützung zu verweigern, die die deutschen Minister und die übrigen Beauftragten des deutschen Volkes mit Judthaus bedrohe, wenn sie in Erfüllung ihrer Pflicht handeln. Der „Judthausparagraf“ sei eine recht eigenartige nachträgliche Ehrung des großen Staatsmannes Stresemann, den man noch im Grabe als Landesverräter insamiere. Auch die nachträgliche Herausnahme Hindenburgs sei nur eine leere Geste; denn kein Gesetz komme ohne den Reichspräsidenten zustande.

Die deutschen Beamten, denen zwar der Volksstaat anders als früher das Recht der Meinungsfreiheit gegeben habe, würden hier, wo es um das Lebensinteresse des Volkes und um die Autorität der Regierung geht, gegen ihre Beamtenpflicht verstoßen, wenn sie eine so unfinnige, unmoralische und verbrecherische Aktion unterstützen wollten.

Zentrum und die Bayerische Volkspartei zum Volksbegehren

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Ludwig Kaas, und der erste Vorsitzende der Landesvorstandspartei der Bayerischen Volkspartei, Frits Schäfer, veröffentlichten folgende, gemeinsame Erklärung.

„Die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei erblicken in dem am 28. September eingebrachten Volksbegehren gegen den Youngplan keinen geeigneten Weg, das deutsche Volk von dem Unrecht der Kriegsschuldfrage und von den Ketten des Versailler Diktats zu befreien. Sie sehen in dem Volksbegehren, vor allem in seiner verheißend ausgedehnten Formulierung, einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zersplitterung des deutschen Volkes im Innern und eine beurteilenswerte Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteitagitation.“

Der in dem Volksbegehren gewählte Weg ist nach der gemeinsamen Überzeugung beider Parteien nur geeignet, die in hartem und mühseligem Ringen erlangten Ansätze zu einem Aufstieg Deutschlands zu hemmen und eine rückläufige Entwicklung hervorzuwirken, für deren Gefahren kein besonnenes Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann.

Beide Parteien lehnen daher jede Unterstützung des Volksbegehrens mit Entschiedenheit ab und fordern ihre Anhänger auf, ihm mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Zu gleicher Zeit erklären sie dem deutschen Volke und dem Auslande, daß sie nach wie vor entschlossen sind, den geistigen und politischen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und für den friedlichen Aufstieg Deutschlands zu nationaler Freiheit und internationaler Gleichberechtigung unentwegt weiterzuführen.“

Außerdem erregt die bayerische Volkspartei einen besonderen längeren Aufruf, der „das von radikalen Katastrophopolitikern eingereichte Volksbegehren als eine schwere Verletzung der politischen Vernunft und als eine Verfündigung an deutschen Volk“ ablehnt. Der Aufruf nennt das Volksbegehren einen Mißbrauch einer verfassungsmäßigen Einrichtung, eine unrationale Handlungsweise, das außenpolitische Schicksal der Nation den Demagogen und der Straße zu überantworten und eine Verletzung der Disziplin, die ein politisch reifes Volk in solcher Lage und während solcher Verhandlungen an den Tag legen sollte.

Die Forderung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten an das Präsidium des Bayerischen Landtags, sofort das Plenum einzuberufen und die weitere Forderung an die bayerische Regierung, im Reichsrat den Youngplan abzulehnen, wird von der bayerischen Volkspartei-Korrespondenz als ein koalitionspolitisch höchst außergewöhnlicher Vorgang bezeichnet. Die Verantwortung für die möglichen Folgen, die sich aus einer Landtagsdebatte, die die bayerische Regierungskoalition in vollem Zwiespalt erscheinen lassen müsse, ergeben könnten, falle einzig und allein zu Lasten der Deutschnationalen Volkspartei. Das Verlangen lasse jegliche Rücksicht auf diese politischen Gesichtspunkte vermissen.

Sämtliche deutschen Bischöfe gegen das Volksbegehren. Der Rundgebung des Fürstbischöflichen Kardinal Vertram (Breslau) gegen das Volksbegehren hat sich der gesamte Episkopat angeschlossen. Es haben sich somit sämtliche deutschen Bischöfe gegen das Volksbegehren erklärt.

Die kommunistische Partei gegen das Volksbegehren. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands erklärt anlässlich des Beginns der Einzeldebatten des Volksbegehrens eine Erklärung, in der als Lösung der Kommunisten zum Volksbegehren ausgegeben wird: „Keine Unterschrift und keine Stimme für diesen frechen Volksbetrug.“

Ein Aufruf Eugenbergs. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Eugenberg, hat einen Aufruf an die Mitglieder und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei erlassen, in dem er die Rundgebungen der Reichsregierung zum Volksbegehren angreift und zur Einzeichnung in die Listen für das Volksbegehren auffordert.

Der frühere Staatsminister und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, der bei einem Autounfall auf der Aue bei Berlin einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, ist am Dienstagmorgen im Krankenhaus operiert worden. Die Operation ist befriedigend verlaufen. Das Befinden ist jedoch nach wie vor ernst, wenn auch die Ärzte bestimmt damit rechnen, den Verunglückten am Leben zu erhalten.

Die Rewa ist in Leningrad infolge starken Westwindes rasch gestiegen. Im Zentrum der Stadt ist der Fluß über die Ufer getreten, so daß der Admiralitätstai und der Winterpalaisstai unter Wasser stehen. Der Straßenbahnverkehr stockt. Die Hafenanlagen und viele große Fabriken auf der Wassiljewinsel sind überschwemmt. Der Eisenbahnverkehr nach Finnland mußte eingestellt werden.

Ein 15jähriger Fürsorgezögling, der sich im Graf-Nede-Stift in Einbrunnen bei Düsseldorf im Schlafzimmer zweier Dienstmädchen versteckt hatte, brachte einem der Mädchen, nachdem es eingeschlafen war, mehrere Stiche mit einem Taschenmesser bei. Wie er angab, hatte er das Mädchen schon längst töten wollen, vermochte aber keinen triftigen Grund dafür anzugeben.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl